

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/78

Bonn, den 25. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2a	<u>Kampf für die Idee der sozialen Demokratie</u>	157

Gedanken zum 1. Mai 1966 im gespaltenen Deutschland

Von Herbert Wehner,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

3	<u>Warum nicht München ?</u>	42
---	------------------------------	----

Olympische Wünsche mit Anstand in Rom vorbringen

Von Hildebrand Kelber

4 - 4a	<u>Die SED wird Farbe bekennen müssen</u>	66
--------	---	----

Von Fritz Stallberg

5	<u>Neuorientierung</u>	48
---	------------------------	----

Engere Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Rumänien

Von Dr. Alfred Graef

+ + +

Kampf für die Idee der sozialen Demokratie

Gedanken zum 1. Mai 1966 im gespaltenen Deutschland

Von Herbert Wehner,
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der 1. Mai der Tag des Bekenntnisses zur großen Idee des gleichen Rechts aller Bürger im eigenen Volk und des gleichen Rechts aller Völker der Menschheit. Sie begeht den 1. Mai im Jahre 1966 im Bewußtsein ihrer geschichtlichen Aufgabe, die Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung im gespaltenen Deutschland durchzusetzen und den deutschen Beitrag für eine allgemeine dauerhafte Friedensordnung zu ermöglichen.

Am 1. Mai des Jahres 1966 wird diesseits und jenseits der ursprünglich von den Besatzungsmächten gezogenen Demarkationslinie, die von den Kommunisten inzwischen zu einer befestigten Grenze gemacht worden ist, schmerzlich deutlich werden, worüber heute im gespaltenen Deutschlandritten wird:

Auf unserer Seite für mehr Menschenrechte aller Deutschen

Auf der Gegenseite für die Anerkennung des Alleinherrschaftsanspruchs der SED im abgetrennten Teil Deutschlands, den sie aufrechterhalten möchte, sei es auch um den Preis weiterer zwanzig Jahre der Spaltung Deutschlands und des deutschen Volkes.

Wir Sozialdemokraten bilden uns nicht ein, wir könnten allein zum Besseren werden, was durch die Politik der Weltmächte nach dem Ende des von Hitlerregime trevelhaft begonnenen Zweiten Weltkrieges zur Spaltung Deutschlands teils willkürlich getan, teils zugelassen worden ist. Aber wir sagen, wie Kurt Schmacker es vor zwanzig Jahren gesagt hat:

- * "In Deutschland wollen die Menschen Demokraten sein, und man erlaubt
- * es ihnen nicht, Demokraten zu sein. Diese Wunde mag unter Blut und
- * Tränen noch so eitern und noch soviel Schmerzen und Opfer verursachen,
- * aber es ist die Wunde für das Recht, für das der Krieg geöffnet
- * worden ist, und die Welt hat nicht das Recht, uns dieses zu nehmen.
- * Da mag geschehen, was will, dieses Recht muß Wahrheit und Wirklichkeit
- * keit werden."

Was wissen die meisten von uns hier auf dieser Seite in Deutschland von dem schweren, leidvollen Weg, den Deutsche - wie wir es sind - auf der anderen Seite in Deutschland haben zurücklegen müssen, weil sie das Unglück hatten, daß in dem von den Sowjettruppen besetzten Teil Deutschlands aus politischen Parteien Zwangsparteien, aus Jugendvereinigungen eine Monopol-Jugendorganisation, aus Gewerkschaften Zwangsverbände zur Vollstreckung behördlicher Pläne und Einhaltung von oben festgesetzter Arbeitsnormen geworden sind? Daß Bauern und Handwerker vielfach zwangskollektiviert wurden? Was wissen viele von uns davon, daß sogar die Konfirmation und Kommunion der Kinder unter dem Druck der Zwangspartei zu einem Problem für viele Familien geworden ist.

Aber es wäre falsch, achselzuckend oder bedauernd zu sagen: Wir können es ja nicht ändern - und dabei zu glauben, es betreffe ja nicht uns selbst. So lange auf deutschem Boden Menschen, die Menschen wie wir sind, nicht freimütig sagen dürfen, was sie denken und was sie eigentlich sagen möchten, so lange ihren Kindern und auch den Erwachsenen eingetrichtert wird, auf deutschem Boden stünden angeblich zwei deutsche Staaten einander feindlich gegenüber, so lange ist keiner von uns in wirklicher Sicherheit.

Die SED möchte glauben machen, wenn die SPD sich von der SED einseitig trennen ließe, hier in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik zu machen, die sie der SED gefällt, dann könnte hier bei uns die CDU nicht mehr reagieren und dann ließe sich darüber reden, daß eine "Deutsche Konföderation" gebildet werden kann.

Wir Sozialdemokraten denken aber nicht daran, uns mit einer Zwangspartei zu verbünden. Was wir hier mit der CDU und auch mit der FDP auszufragen haben, das kämpfen wir auf demokratische Art aus. Wir wissen wohl, was hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland noch zu verbessern und zu ändern notwendig ist. Wir wissen aber auch, was erhalten werden muß, damit weiter gebaut und vorangekommen werden kann. Das setzen wir nicht aufs Spiel.

In der großen Auseinandersetzung um die Durchsetzung der wegweisenden Idee des Ersten Mai ist die Sozialdemokratie im Recht und nicht die SED. Die SPD kämpft politisch für eine mit der freiheitlich demokratischen Staatsordnung harmonisierende demokratische Gesellschaftsordnung, durch die Verfassungswirklichkeit und Verfassungstext miteinander in Übereinstimmung gebracht werden. Die SED versucht, die ihr von der Besatzungsmacht verliehene und durch das Volk nie legitimierte Gewalt zur Aufrechterhaltung der Trennung Deutschlands zugunsten ihres kommunistischen Regimes zu erhalten.

Die Initiatoren des 1. Mai verstanden die Demonstrationen für den Arbeiterschutz und die Verkürzung der Arbeitszeit zugleich als Bekundung des Willens zur Lösung der - wie sie es ausdrückten - großartigsten Aufgabe, die den Arbeitern gestellt sei: Die Wiedergeburt der menschlichen Gesellschaft. Damit der Mensch wirklich Mensch sein kann in der Gemeinschaft von Menschen und daß "die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollen, als obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen sind".

- * Die Sozialdemokratie hat in ihrem hundertjährigen Kampf für die Idee
- * des gleichen Rechts aller Bürger im eigenen Volk und des gleichen
- * Rechts aller Völker der Menschheit zwei Lehren ihrer besten Köpfe an
- * den Grundlagen ihres Handelns gelehrt: August Bebel's Feststellung
- * nach dem Fall des Sozialistengesetzes, daß das wichtigste Recht der
- * Arbeiter ihr Recht sei, sich frei in eigenen freien Organisationen
- * zusammenschließen und durch sie zu wirken. Inzwischen haben auch
- * Selbständige und Arbeitgeber die Erfahrung gemacht, daß ihre eigene
- * Freiheit verloren geht, wenn sie zulassen, daß die Organisationen
- * der Arbeitnehmer geknebelt oder zwangsgeschaltet werden.
- * Ferdinand Lassalle's Aufforderung, sich weder von rechts noch von
- * links davon abbringen zu lassen, überall, täglich, unablässig, un-
- * aufhörlich die Notwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts
- * zu begründen und damit einen unwiderstehlichen Druck zu erzeugen. In
- * zwischen ist augenscheinlich geworden, daß überall dort, wo der demo-
- * kratische Weg verlassen worden ist, die persönliche Freiheit und
- * die gesellschaftliche Emanzipation ersticken.

Nach den Erfahrungen mit der braunen und der roten Diktatur hat sich die Sozialdemokratie die durch Kurt Schumacher formulierte Erkenntnis zu eigen gemacht: "Wir können uns nicht in die Spintisiererei einer klassenlosen Gesellschaft, eines erträunbaren Effekts hineinbegeben, von dem wir nicht wissen, wann und in welchem Umfang sich diese Dinge realisieren lassen... Die Demokratie ist der Staat, und der Staat, der in Europa leben kann, das ist die Demokratie, und jede andere Form lehnen wir ab."

Das Godesberger Grundsatzprogramm der SPD ist der Ausdruck der Erfahrungen, die von der SPD im Ringen um die in der Demokratie zu verwirklichende Harmonie von Sozialordnung und Staatsordnung gemacht worden sind. Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, bewahrt das Erbe der in der deutschen Geschichte eingegangenen Vorsitzenden dieser Sozialdemokrati-

schen Partei Deutschlands: Ferdinand Lassalle, August Bebel, Friedrich Ebert, Otto Wels, Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer.

Eine der großen tragischen Gestalten der alten Sozialdemokratie, Rosa Luxemburg, die am Ende des Ersten Weltkrieges zu den Gründern der Kommunistischen Partei gehörte, hat dennoch aus den Erfahrungen der bolschewistischen Revolution schmerzhaft das Schicksal jedes Versuchs vorgezeichnet, ein sozialistisches Ziel ohne und gegen die Demokratie erreichen zu wollen. Sie hat, obwohl sie an der marxistischen Doktrin von der "Diktatur des Proletariats" festzuhalten versuchte, der nach dieser Doktrin entwickelten Praxis eine vernichtende Charakterisierung gegeben:

- * "Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfrei-
- * heit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentli-
- * chen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie all-
- * mählich das tätige Element bloibt. Das öffentliche Leben schläft
- * allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer... dirigieren und re-
- * gieren, und unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervor-
- * ragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit
- * zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden des Führers in-
- * fall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustim-
- * men, im Grunde also eine Oligarchenwirtschaft..."

Es gibt keine "Konföderation" zwischen Recht und Willkür. Aber es gibt die Möglichkeit eines schrittweisen Aufeinanderzukommens des abgetrennten und durch die Kommunisten isolierten Teils Deutschlands und der Bundesrepublik Deutschland, in dem Maße, in dem im abgetrennten Teil Deutschlands die Entscheidungsfreiheit der Menschen gewährleistet wird. Jeder Schritt zu normaleren Beziehungen der heute voneinander getrennten Angehörigen unseres deutschen Volkes kann und wird auch positiv wirken dafür, daß schließlich Mißtrauen, Feindschaft und damit Gefahr in, aus und um Deutschland überwunden werden.

- * Niemand soll mehr Angst haben müssen.
- * Deutschland soll innen und außen Frieden haben.
- * Wir wollen von niemand gefürchtet sein und wollen niemand zu fürchten haben.

Was die Bundesrepublik Deutschland für die Erhaltung und Sicherung des Friedens tun kann, dazu werden wir Sozialdemokraten die Bundesregierung ermuntern.

Was die Bundesrepublik Deutschland für die allgemeine, international kontrollierte Abrüstung und für jeden Schritt zur Rüstungsbegrenzung - vor allem in Richtung der Ausschaltung der atomaren und nuklearen Massenvernichtungsmittel - tun kann, das verlangen wir entschieden von der Bundesregierung.

Am 1. Mai 1966 erklären die deutschen Sozialdemokraten:

Eine Lösung der Deutschlandfrage, von der es abhängt, das Europa zum Frieden kommt, wird möglich werden, wenn

keine politische Partei einer anderen politischen Partei unter Ausnutzung von Gewalt ihre Auffassung aufzwingt,

in allen Teilen Deutschlands jede Partei die Möglichkeit hat, offen und ungehindert ihre Vorstellungen zu vertreten,

jeder Einzelne unbehindert seine Stimme abgeben kann.

Die SPD ist bereit, die Voraussetzungen dafür schaffen zu helfen. Sie wird dafür kämpfen.

(SPD-Pressedienst und VORWÄRTS)

Warum nicht München ?

Olympische Wünsche mit Anstand in Rom vortragen

Von Hildebrand Kelber

Münchens Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1972 ist in ihr entscheidendes Stadium getreten. Am Dienstag dieser Woche wird sich in Rom auf der 64. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees entscheiden, wer unter den drei oder vier (falls Madrid seine Bewerbung aufrecht erhält) Bewerbern der glückliche ist. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen: Die Ausrichtung einer Olympiade bedeutet trotz des großen materiellen Aufwands für das jeweilige Land nicht nur eine Ehre, sondern auch eine Aufwertung. Die Werbewirksamkeit, die von Olympischen Spielen ausstrahlt, muß an erster Stelle gesehen werden. Natürlich wird das meistens nicht so deutlich herausgestellt. Da schiebt man lieber altruistische Motive in den Vordergrund, spricht vom Treffen der Jugend aus aller Welt, vom völkerverbindenden Wert des Sportes

Wir wollen uns aber doch lieber an die Realitäten halten. Der Kampf hinter den Kulissen war vor der Sitzung des Olympischen Komitees in Rom schon hart - um nicht zu sagen unfair - und er wird in den kommenden Tagen noch härter werden. Da wurde und wird mit allen Mitteln gearbeitet. Mexiko hätte die Olympischen Spiele 1968 zum Beispiel nie erhalten, wenn einzelne IOC-Mitglieder nicht dermaßen vor und bei der Bewerbung hofiert worden wären. Sie konnten samt Familie auf Kosten Mexikos die künftigen olympischen Stätten besichtigen. Natürlich erst nachdem Mexiko den Zuschlag erhalten hatte. Derlei Dinge sollen diesmal laut neuem Statut unmöglich sein. Ob sie es wirklich sind, wer weiß es schon? Zuviel steht auf dem Spiel. Zuviel Geld natürlich auch!

Gerade deswegen berührt die Bewerbung Münchens angenehm. Trotz aller Engagements in der Sache, hat man noch den genügenden Abstand, will das Glück nicht unbedingt zwingen. Ein Satz des Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees, Dr. Willy Daume, spricht dafür. Er sagte auf einer Pressekonferenz in München: "Wir kaufen keine Olympischen Spiele gegen nationale Würdelosigkeit." Es war das rechte Wort zur rechten Zeit. Auf Schleichwegen seine Bewerbung durchzubringen, nein! München würde sich und der Bundesrepublik nur maßlos schaden.

Wir sollten auf dem von Daume aufgezeigten Weg bleiben. München spricht für sich selbst. Es müßte es auch so schaffen können. Und dann könnte der Welt, die immer noch mit sehr viel Skepsis auf uns schaut, mit bayerischer Liebenswürdigkeit bewiesen werden, daß wir ganz anders sind.

Bis dahin ist natürlich noch eine lange Zeit. Am Dienstag in Rom wird sich entscheiden, ob Münchens und unsere Wünsche in Erfüllung gehen. Aber warum eigentlich nicht? Warum nicht München?

Die SED wird Farbe bekennen müssen

Von Fritz Stallberg

Ob es nun wirklich zu den Veranstaltungen in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und in Hannover kommen wird, ist heute noch eine offene Frage. Aus einer vor wenigen Tagen bekannt gewordenen Äußerung des SED-Chefs Ulbricht kann zwar geschlossen werden, daß die Führung der SED im Prinzip bereit ist und die Sitzung des Zentralkomitees der kommunistischen SED Mitte dieser Woche mit einem zustimmenden Beschluß endet; Gewißheit gibt es aber erst dann, wenn die notwendigen technischen Absprachen ein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht haben.

Es kommt darauf an, eindeutig fixierte Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auf beiden Seiten der Demarkationslinie durch Presse, Hörfunk und Fernsehen korrekt, umfassend und ungehindert über die vorgeschlagenen Veranstaltungen berichtet werden kann. Die offene Antwort der SPD vom 15. April 1966 verlangt die Sicherstellung einer gleichmäßigen Unterrichtung der Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Es kommt außerdem darauf an, die technische Durchführung der beiden Veranstaltungen bis in die Details zu regeln, damit über Ablauf und Begleitumstände volle Klarheit herrscht.

Der Geschäftsführer des SED-Bezirks Hannover, Hans Striöfler, und ich sind beauftragt worden, uns für diese notwendigen technischen Absprachen bereitzuhalten. Wir erwarten deshalb eine entsprechende Äußerung der SED. Bis heute hat es noch keine Absprachen gegeben.

Selbstverständlich ist das öffentliche Interesse gerade auch an den Begleitumständen der geplanten Veranstaltungen besonders groß. Da gibt es eine Fülle von Fragen, die geeignet sein können, erregende Kombinationen anzustellen. Es geht immerhin darum, mit diesen Veranstaltungen den Austausch von Argumenten über Kernfragen der deutschen Politik vor den Menschen in ganz Deutschland in Gang zu bringen, obwohl die Veranstaltungen unter ungleichen politischen Verhältnissen stattfinden.

Da werden Fragen laut, die sich auf die Anreise zum Ort der Veranstaltungen beziehen, auf die Größe der Räume, auf die Reihenfolge der Reden, auf die Redezeiten, auf die Formen der Begrüßung und viele andere Einzelheiten. Natürlich werden von uns Überlegungen angestellt darüber, wie alle diese Fragen geregelt werden sollten. Im Interesse der Sache ist es aber zweifellos gut, wenn dabei möglichst wenig laut gedacht wird.

- * Die SPD wird sich in jedem Fall für Regelungen einsetzen, die
- * überall zu vertreten sind. Unannehmbare Bedingungen würden die
- * Veranstaltungen verhindern.

Es gibt inzwischen eine große Liste der Zeitungsredaktionen, der Rundfunk- und Fernsehsender, die sich beim Vorstand der SPD für die Berichterstattung über beide Veranstaltungen angemeldet haben. Dadurch werden umfangreiche technische Anforderungen gestellt, die zweifellos gründliche Vorbereitungen notwendig machen. Auch das wird bei den technischen Absprachen zu klären sein. Wie in der offenen Antwort an die SED schon angekündigt, werden wir die Öffentlichkeit über das Ergebnis dieser Absprachen unterrichten.

Weder in Chemnitz noch in Hannover kann es darum gehen, schöne Reden auszutauschen. Falls die Voraussetzungen erfüllt werden, wird es harte öffentliche Streitgespräche geben, die Sozialdemokraten stellen sich einer unmittelbaren Konfrontation und stehen fest auf der Position der Bundesrepublik Deutschland. Zudem hat es in diesen Tagen und Wochen zahlreiche Beweise dafür gegeben, daß die Sozialdemokraten in dieser offensiven Auseinandersetzung von guten Wünschen aus allen Teilen unseres Volkes gestützt werden.

Die SPD geht in diese Auseinandersetzung mit illusionsloser Nüchternheit. Ihre Vorsitzenden werden von den sprechen, was heute praktisch geschehen könnte, um den Menschen das Leben im gespaltenen Deutschland zu erleichtern. Dabei wird es gut sein, nicht übertriebene Erwartungen an die ersten Auseinandersetzungen zu knüpfen.

Die SPD hat ihre offene Antwort vom 15. April gegeben, sie hat ihre Vorschläge gemacht und auf ihre Bedingungen hingewiesen. Jetzt ist es an der SED. Farbe zu bekennen. - Wir erwarten, daß sie den Text unserer offenen Antwort den Menschen in der Zone zugänglich macht und sehen ihrer Stellungnahme zu unseren Vorschlägen entgegen.

Neuorientierung

Engere Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Rumänien

Von Dr. Alfred Graef

Aufgrund der politischen Aktivitäten, die die Staatsmänner der kommunistischen Länder Südosteuropas in der letzten Zeit entfaltet haben, hat man den Eindruck, daß die Balkanländer durch engeres politisches und wirtschaftliches Zusammenwirken eine politische Verselbständigung von ganz Südosteuropa anstreben, um sich von der direkten Einflußnahme der Großmächte, also auch von der Sowjetunion, etwas zu lösen. Die Zeit der absoluten Abhängigkeit dieser Länder von der Sowjetunion ist ohnedies längst vorbei. Man sucht aber nach Mitteln und Wegen, um das Erreichte auch auf längere Sicht hin fester zu fundieren.

Nachdem Rumänien und Ungarn auf diesem Weg durch erfolgreiche Verhandlungen ein gutes Stück weiter gekommen sind, hat es nunmehr den Anschein, als ob auch Jugoslawien und Rumänien die gleiche Marschroute einschlagen wollen. Nach dem, was bisher über den Besuch Marschall Titos in Bukarest verlautet wurde, scheinen auch diese beiden Länder sich darüber einig zu sein:

- * Daß man sich nicht mehr einseitig nach den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion orientieren, sondern durch
- * Intensivierung der Beziehungen untereinander und zu den westlichen Ländern ein gewisses Gleichgewicht schaffen will.
- * Daß man im ideologischen und machtpolitischen Streit zwischen Moskau und Peking eine neutrale Stellung einnehmen will.

Tito wird nur schweren Herzens die zweite These als Grundlage für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den südosteuropäischen Ländern akzeptiert haben, da Albanien als aggressiver Exponent des chinesischen Kommunismus am Balkan für Tito ein Dorn im Auge ist, weil es seine sozial- und nationalpolitischen Konzeptionen immer wieder stört.

Die gemäßigten kommunistischen Länder Südosteuropas, also Ungarn, Rumänien und Bulgarien, glauben allerdings, daß durch die politische und wirtschaftliche Integration ihrer Gebiete und eine neutrale Haltung gegenüber den beiden kommunistischen Hauptmächten auch Albanien in Zukunft mehr Veranlassung sehen würde, sich in ein integriertes und unabhängiges Südosteuropa einzuordnen.

Die durch den Besuch Titos in Bukarest eingeleitete bessere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, die durch die gemeinsame Inangriffnahme eines Riesenprojekts zur Elektrizitätsgewinnung an der Donau bereits konkrete Formen angenommen hat, kann ein weiterer Schritt Südosteuropas in der angedeuteten Richtung sein.

Es fehlt allerdings noch der politische Brückenschlag der kommunistischen Länder Südosteuropas zu der Türkei und Griechenland, die gleichzeitig die Bindeglieder zu den politisch einigermaßen neutralen Nachbarländern sind. Ob Titos Besuch in Kairo auch den Zweck hat, Nasser Vorschläge zur Bildung eines neutralen Blocks im südöstlichen und nahöstlichen Raum zu unterbreiten, ist zwar nicht sicher, aber doch wahrscheinlich. - Jedenfalls verdienen die eingeleiteten Neuorientierungen in Südosteuropa und im Nahen Osten auch von unserer Seite größte politische Aufmerksamkeit, da sie unverkennbare Chancen für eine günstigere Gestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Raum beinhalten.